Konferenz der Mathematischen Fachbereiche

Protokoll der 21. Plenarversammlung

Datum: Samstag, 18. Mai 1996
Ort: Universität Karlsruhe, Kollegium am Schloß, Bau III, Raum 001
Zeit: 13.00–17.55 Uhr

Sitzungsleitung und Protokoll: W. Weil (U Karlsruhe)

Anwesende:

Sprecher und Beirat:

Sprecher	W. Weil
Stellvertr. Sprecher	J. Winkler (zugl. TU Berlin)
Beirat	V. Enß (zugl. TH Aachen)
	J. vom Scheidt (zugl. TU Chemnitz-Zwickau)

Vertreter der Hochschulen:

TH Aachen	V. Enß
U Augsburg	J.-H. Eschenburg
U Bayreuth	F.-O. Schreyer
HU Berlin	W. Schulz
TU Berlin	J. Winkler
U Bielefeld	U. Rehmann
U Bochum	E. Böger
U Bonn	W. Raab
U Bremen	E. Oeljeklaus
TU Chemnitz-Zwickau	J. vom Scheidt
TU Clausthal	W. Klotz
TH Darmstadt	H. Mäurer
U Dortmund	N. Steinmetz
TU Dresden	J. Terno
U-GH Duisburg	K.-W. Wiegmann
U Düsseldorf	O. Kerner
U Eichstätt	R. Felix
U-GH Essen	N. Knoche
U Frankfurt	G.-D. Kersting
TU-Bergakad. Freiberg	W. Näther
U Freiburg	D. Kröner
U Gie sen	E. Häusler
U Göttingen	S. Waack
U Greifswald	G. Czichowski
FernU Hagen	A. Duma
U Halle-Wittenberg	W. Grecksch
U Hamburg	R. Hass
U Hannover	U. Lipeck

U Heidelberg	J. Cuntz
TU Ilmenau	B. Marx
U Jena	E. Hertel
U Kaiserslautern	G. Trautmann
U Karlsruhe	C.-G. Schmidt
U-GH Kassel	H. Drygas
U Köln	H. Milbrodt
U Konstanz	V. Puppe
U Leipzig	H.-J. Girlich
U Magdeburg	N. Gaffke
U Mainz	K.-J. Scheiba
U Mannheim	H.-P. Butzmann
U Marburg	V. Mammitzsch
TU München	R. Koch
U München	H. Kalf
U Oldenburg	U. Knauer
U Osnabrück	H. Spindler
U Potsdam	E. Quaisser
U Regensburg	T. Bröcker
U Rostock	G. Wildenhain
U-GH Siegen	W. Hein
U Stuttgart	R. Dipper
U Trier	P. Dierolf
U Tübingen	H. Salzmann
U Ulm	H. Fiedler
U Würzburg	H. Heineken & G. Klingenberg

Gäste:

DMV	I. Kersten
GAMM	E. Martensen
HRK	B. Steiger
MNU	J. Wulftange
Rektorat U Karlsruhe	M. Schneider (zu Sitzungsbeginn)

Entschuldigt:

J. Lorenz (Beirat), MNFT, TU Cottbus, U-GH Paderborn, U Saarbrücken, U Trier

Vor Eintritt in die Tagesordnung fragt der Sprecher nach Einwänden gegen eine Tonbandaufnahme der Sitzung. Es werden keine Einwände erhoben.

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Genehmigung (Ergänzung) der Tagesordnung

Der Sprecher eröffnet die Sitzung und begrßt die Anwesenden Vertreter der Hochschulen und die Gäste. Prof. Dr. M. Schneider, Prorektor der Universität Karlsruhe, überbringt die Grße des Rektorats und wünscht der Plenarversammlung einen guten Verlauf.
Die Tagesordnung war mit der Einladung verschickt worden. Es werden keine Ergänzungen vorgeschlagen. Die Tagesordnung wird einstimmig in der folgenden Form beschlossen:

1. Eröffnung der Sitzung, Genehmigung (Ergänzung) der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der Plenarversammlung 1995
3. Wahl der Kassenprüfer
4. Bericht des Sprechers
5. Mathematikunterricht in der Schule
6. Studienreformkommission Mathematik
7. Elektronische Information und Kommunikation
8. Statistik über Studiendauer und Anfängerzahlen
9. Entwicklung in den Ländern
10. Bericht aus den Fachbereichen
11. Kassenbericht und Entlastung des Sprechers und seines Stellvertreters
12. Verabschiedung von Resolutionen
13. Verschiedenes

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der 20. Plenarversammlung 1995

Der Sprecher stellt fest, daß keine Änderungswünsche zum Protokoll vorliegen. Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 3: Wahl der Kassenprüfer

Vorgeschlagen werden die Herren Mammitzsch und Steinmetz. Beide werden per Akklamation gewählt und nehmen das Amt an.

TOP 4: Bericht des Sprechers

Herr Weil berichtet zunächst über Reaktionen auf die Resolutionen, die von der 20. Plenarversammlung 1995 beschlossen worden waren. Dabei werden die Resolutionen ausgespart, über die im Rahmen späterer Tagesordnungspunkte sowieso zu sprechen sein wird.
Die 20. Plenarversammlung hatte eine Resolution zur Lage der Bibliotheken gefaßt. Darauf kamen Antworten vom Deutschen Bibliotheksverband, von der nordrhein-westfälischen Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Frau Brunn, und von den Präsidenten bzw. Bibliotheksdirektoren der Universitäten TU Berlin, Heidelberg, Kaiserslautern und Konstanz. In den meisten Antworten wird die Gefahr für die Wissenschaft durch fehlende Mittel zur Literaturbeschaffung erkannt und die Bedeutung des unkomplizierten Zugangs zur Fachliteratur für die mathematische Forschung bejaht. In den Antworten der Universitäten wird häufig betont, daß gegenwärtig nicht an eine Änderung der Situation der Fachbibliotheken gedacht sei. Es wird aber auch darauf hingewiesen (besonders in dem Schreiben des Bibliotheksverbandes), daß angesichts der knappen Finanzlage eine Zentralisierung von Bibliotheken häufig notwendig sei und der Wunsch nach ungehindertem Zugang dem nicht entgegen stehe. Frau Brunn verweist auf das elektronische Bestellsystem JASON-NRW, von dem Sie sich eine erheblich verbesserte Nutzung der in Nordrhein-Westfalen vorhandenen Zeitschriften erhofft.
Unter dem Punkt ‘Entwicklungen in den Ländern’ hatte die 20. Plenarversammlung eine Resolution verfaßt, die sich mit der im Referentenentwurf für ein hessisches Studienstrukturgesetz geplanten Stellung des Dekans beschäftigte, sowie eine weitere, die Lehr- und Studienberichte betraf. Lediglich die Kultusministerien von Sachsen-Anhalt und Bayern haben geantwortet. Während Sachsen-Anhalt nur den Eingang

unseres Schreibens bestätigte, wird aus Bayern darauf hingewiesen, daß entsprechende Regelungen zur Stellung des Dekans und zu Lehr- und Studienberichten derzeit nicht geplant seien.
Eine weitere Resolution betraf die Eckdatenverordnung in Nordrhein-Westfalen. Der Sprecher verliest die Antwort der Ministerin Brunn. Die Ministerin weist darauf hin, daß eine lückenlose formalisierte Leistungskontrolle sämtlicher Übungsaufgaben (Ergänzung des Sprechers: etwa zu einer einsemestrigen mathematischen Vorlesung) in der Tat durch die Eckdatenverordnung ausgeschlossen werden soll. Grundlage für einen Leistungsnachweis soll jeweils eine einzige ausreichende Studienleistung sein, etwa eine bestandene Klausur oder mündliche Prüfung. Der Sprecher verschiebt die Diskussion über mögliche Konsequenzen der Eckdatenverordnung auf den TOP 9.
Der Sprecher berichtet weiter, daß Herr Winkler (als damaliger Sprecher) an der Plenarversammlung des MNFT im Juni 1995 in Halle sowie an einer Präsidiumssitzung der DMV im September 1995 in Ulm teilgenommen hat, außerdem - als Vertreter des Sprechers - an der Jahrestagung des MNU im April 1996 in Düsseldorf. Von der MNU-Tagung wird unter TOP 5 weiter berichtet, von den anderen Sitzungen gibt es keine wichtigen Punkte zu erwähnen. Herr Weil hat nach der Übernahme des Sprecheramtes an einer Beiratssitzung des MNFT im Dezember 1995 und an einer weiteren Präsidiumssitzung der DMV im Mai 1996 in Berlin teilgenommen. Die MNFT-Sitzung diente der Vorbereitung der Plenarversammlung 1996, die im Juni in Köln stattfinden wird. Der MNFT plant eine Stellungnahme zur Evaluation der Fakultäten und zur leistungsbezogenen Mittelvergabe. Der Sprecher weist darauf hin, daß er über diese Punkte auf der nächsten Plenarversammlung der KMathF berichten wird. Auf der DMV-Sitzung wurden einige Punkte besprochen (Studienreformkommission, elektronische Information und Kommunikation, Statistik von Studiendauern und Anfängerzahlen), die im Zusammenhang mit späteren Tagesordnungspunkten stehen. Darüberhinaus wurde nach der Resonanz auf den Studienführer Mathematik gefragt, der 1994 herausgegeben worden war. Der Sprecher gibt diese Frage weiter; es zeigt sich jedoch, daß nicht genügend Information über die Resonanz vorliegt. Der Wert des Studienführers für Schüler und Studenten wird von einigen Anwesenden angezweifelt. Es besteht Einigkeit darüber, daß eine elektronische Version (evtl. auch eine Kurzfassung ohne die Angaben der Fakultäten) nützlich wäre. Dieser Ansatz soll weiter verfolgt werden, wobei die Rechte des Verlags berücksichtigt werden müssen.

TOP 5: Mathematikunterricht in der Schule

Herr Wulftange berichtet von der Jahrestagung 1996 des MNU. Er verteilt Unterlagen von einer MNU-Lehrplantagung 1995 und zu den Richtungsentscheidungen der Kultusminister von 1995. Er hebt dabei besonders drei Punkte hervor: 1. Der Einfluß von immer leistungsfähigeren Taschenrechnern auf den Mathematikunterricht wird zu einer Veränderung in den Lehrplänen führen. Ansätze dazu wurden auf der Lehrplantagung 1995 diskutiert, sie sollen auf der nächsten Tagung 1998 zu Empfehlungen für neue Lehrpläne führen. 2. Die Richtungsentscheidungen der Kultusminister vom Dezember 1995 enthalten eine Reihe von bedenklichen Formulierungen, etwa die Möglichkeit, den Mathematikunterricht durch 'andere die grundlegenden Kompetenzbereiche vermittelnde' Fächer zu ersetzen und dabei eventuell sogar die im fächerübergreifenden Unterricht erworbene Note als Mathematiknote anrechnen zu lassen. 3. Neue Lehrformen wie fächerübergreifender Unterricht werden auch Auswirkungen auf die Ausbildung von Lehramtsstudenten an den Universitäten haben. Der Beirat hat zur Situation des Mathematikunterrichts eine Resolution erarbeit, über die dann diskutiert wird. Insbesondere die Formulierungen zur Bedeutung des Mathematikunterrichts als Basis für das spätere Berufsleben werden kontrovers diskutiert. Die Plenarversammlung bittet deshalb die Herren Bröcker, Enß und Mammitzsch, die Resolution zu überarbeiten und verschiebt die Beschlußfassung auf TOP 12.

TOP 6: Studienreformkommission Mathematik

Der Sprecher erläutert noch einmal die Vorgeschichte der Fachkommission Mathematik der GemKo, soweit sie sich nach der letzten Plenarversammlung abgespielt hat. Wie befürchtet hat die Plenarversammlung der HRK im Juli 1995 nur eine stark veränderte Fassung der Empfehlungen der HRK-Kommission Mathematik verabschiedet und als Dokument zur Hochschulreform 101/1995 veröffentlicht. Die ausführlichen Überlegungen der Kommission zur Diplomarbeit und die daraus resultierenden Argumente für eine 10-semestrige Regelstudienzeit wurden zuständigkeitshalber zur weiteren Behandlung an die GemKo und deren Fachkommission verwiesen. Das Ergebnis einer damit zusammenhängenden Unterschriftenaktion der Herren Ferus (Berlin) und Karcher (Bonn) sowie die Stellungnahme einer DMV-Kommission 'Diplomstudiengang Mathematik' wurden in den DMV-Nachrichten 1-1996 bzw. 2-1996 veröffentlicht.
In Bezug auf die Fachkommission der GemKo war schon auf der letzten Plenarversammlung offensichtlich, daß eine Fortführung der Überlegungen der alten Fachkommission zur Diplomarbeit und zur Regelstudienzeit, wie sie von der HRK vorgeschlagen und von der KMathF mit einer Resolution gefordert worden war, mit dem Einsetzungsbeschluß für die Fachkommission kollidieren würde. Dort wird die Regelstudienzeit mit 9 Semestern vorgegeben. Will die Kommission über diesen gesetzten Rahmen hinausgehen, muß zunächst das Einverständnis der GemKo vorliegen. Die Kommission hat bisher erst einmal, im Dezember 1995, getagt. Eine zweite, für Februar 1996 geplante Sitzung wurde von der GemKo abgesagt. Herr Winkler ergänzt, daß die Absage der zweiten Sitzung vorgenommen wurde, obwohl ein Antrag der Kommission an die Gemko, den Arbeitsauftrag im Hinblick auf die Regelstudienzeit weiter zu fassen, noch garnicht vorlag; er sollte auf der zweiten Sitzung besprochen werden.
Der Sprecher berichtet weiter, daß die Frage der Regelstudienzeit für die Mathematik in der HRK/KMK-Arbeitsgruppe 'Weiterentwicklung der Struktur des Hochschulwesens' ohne abschließende Entscheidung beraten wurde. Herr Schmitz (Münster) als Mitglied der Fachkommission und Herr Weil als Sprecher der KMathF haben daraufhin in Briefen an den Präsidenten der HRK, Herrn Erichsen, appelliert, sich in der GemKo für eine Erweiterung des Arbeitsauftrags an die Kommission einzusetzen. Daraufhin fand ein Gespräch bei der HRK statt, an dem neben Herrn Schmitz und Herrn Weil auch der Vorsitzende der Fachkommission, Herr Kerner (Bayreuth), teilnahm. Als Ergebnis des Gesprächs wurde festgestellt, daß eine 'weiche' Formulierung von '9 oder 10 Semestern' für die Regelstudienzeit eine Fortsetzung der Kommissionsarbeit ermöglichen würde.
Das Plenum diskutiert danach eine vom Beirat formulierte Resolution an die HRK. Frau Steiger übergibt dem Sprecher die Kopie eines Schreibens von Herrn Erichsen, das er nach dem Gespräch mit den Vertretern der Mathematik an den Vorsitzenden

der GemKo, den Staatssekretär Reinhardt, gerichtet hat. Darin schlägt Herr Erichsen vor, die Kommission zunächst arbeiten zu lassen und dann auf der Basis der Vorschläge der Kommission zum Mathematikstudium über die Regelstudienzeit von 9 oder 10 Semestern zu entscheiden. Auf Grund dieses Schreibens wird die Resolution so modifiziert, daß sie sich nun an die GemKo richtet. In der neuen Fassung (Anlage 2a) und auf der Basis des Briefes von Herrn Erichsen (Anlage 2b) wird die Resolution einstimmig verabschiedet.

TOP 7: Elektronische Information und Kommunikation

Hierzu liegt der Plenarversammlung als Tischvorlage ein Schreiben von Herrn Grötschel (Berlin), dem IuK-Beauftragten der DMV, und eine Ergänzung von Herrn Törner (Duisburg) vor. Herr Rehmann erläutert den Inhalt der beiden Briefe. Er berichtet, daß der im Vorjahr angekündigte Antrag der DMV an das BMBF von diesem noch nicht genehmigt sei. Das BMBF hat Modifikationen verlangt und unter anderem moniert, daß die Entwicklung entgeltpflichtiger Dienste im Antragskonzept nicht genügend berücksichtigt ist. Ein weiterer Antrag an das BMBF zur Unterstützung der Zusammenarbeit der vier Fachgesellschaften (Chemie, Informatik, Mathematik und Physik) auf dem Gebiet der elektronischen Information ist aber genehmigt. Ein IuK-Workshop hat in München stattgefunden und im Bereich der Mathematik zur Gründung zweier Arbeitskreise ‘Inhalt’ und ‘Technik’ geführt. Sie sollen die Gestaltung der Server an den mathematischen Fachbereichen unterstützen. In diesem Zusammenhang wird auch die Einrichtung von Dissertationenservern vorgeschlagen. Herr Rehmann weist weiter auf die neue elektronische Zeitschrift ‘Documenta Mathematica’ hin, deren erste Ausgabe inzwischen erhältlich ist.
Die Initiative der DMV zum Ausbau der elektronischen Information und Kommunikation und die Bemühungen, die Fachbereiche in diese Aktivitäten einzubinden, werden von einigen Anwesenden kritisch gesehen. Die vom Beirat formulierte Resolution wird, mit einer kleinen redaktionellen Änderung, bei 1 Gegenstimme und 4 Enthaltungen beschlossen (Anlage 3).

TOP 8: Statistik über Studiendauer und Anfängerzahlen

Der Sprecher erinnert an den Beschluß der 20. Plenarversammlung, beginnend mit dem WS 1993/94 die Anzahlen der Studienabschlüsse und die Mediane der Studiendauern aus den Fachbereichen an den Sprecher zu melden. Der Sprecher berichtet, daß trotz nochmaliger Aufforderung die Umsetzung dieses Beschlusses nur von einigen Fachbereichen befolgt wurde. Er bittet die Fakultäten, die gewünschten Daten noch zur Erstellung des Protokolls zu liefern. Die Statistik der Studiendauern in der aktuellen Fassung ist dem Protokoll als Anlage 4a beigefügt.
Es wird vereinbart, daß der Sprecher mit der Ankündigung der Plenarversammlung zum Jahresbeginn 1997 ein Formular verschickt, in dem die Abschlüsse für das vergangene Studienjahr (WS 95/96 und SS 96) einzutragen sind. Dabei sollen auch die Abschlüsse in den Lehramtsstudiengängen sowie die Anfängerzahlen gemeldet werden. Die vorliegenden Anfängerzahlen des laufenden Jahres sollen mit dem Protokoll verschickt werden (Anlage 4b). Die DMV hat angeregt, auch Daten über die Berufsaussichten nach dem Diplom zu sammeln. Die KMathF sieht jedoch hierfür im Moment keine Möglichkeiten.
Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Studiendauern verweist Herr Schreyer auf die veröffentlichten Zahlen des Wissenschaftsrates. Anhand einer Folie mit den

Studiendauern im Diplomstudiengang Mathematik (und ihren Medianen), auf der die Namen der Universitäten gelöscht sind, weist er auf die starken Schwankungen der Mediane innerhalb einiger Fakultäten, aber auch zwischen den Universitäten, sowie auf den teilweise hohen Anteil von Abschlüssen nach dem 17. Semester hin. Von einigen Anwesenden werden die Bedeutung langer Studienzeiten und die Möglichkeiten, diese von uns zu beeinflussen, angezweifelt. Es wird auch die Frage aufgeworfen, ob eine von der KMathF erstellte Statistik zu wesentlich anderen Ergebnissen kommen kann als die später vom Wissenschaftsrat vorgelegten Daten. Diese Fragen sollen auf der nächsten Plenarversammlung weiter diskutiert werden.

TOP 9: Entwicklung in den Ländern

Der Sprecher erläutert, daß unter diesem Tagesordnungspunkt Probleme der Universitäten angesprochen werden sollen, die länderspezifisch sind, also alle Universitäten eines Bundeslandes in ähnlicher Weise betreffen. Damit soll der TOP 10 (Berichte aus den Fachbereichen) entlastet werden. Die Bundesländer werden daraufhin abgefragt.
Baden-Württemberg: Es wird auf die Koalitionsvereinbarung hingewiesen, die Bildungsgutscheine und eine Deputatserhöhung um eine Stunde vorsieht. Auf Anfrage wird kurz über bisherige Erfahrungen mit den Studiendekanen berichtet. Mit diesem Amt soll die Lehre der Fachbereiche verbessert werden, die Lehrbelastung wird aber insgesamt durch den Deputatsnachlaß für den Studiendekan erhöht.
Bayern: Bei Überprüfungen des Rechnungshofes ist das Problem aufgetreten, wie die Erfüllung der Lehrverpflichtung für Assistenten nachzuweisen ist. Zum Teil wurden dazu Praktika oder Tutorien zu Seminaren angeführt und auch angerechnet.
Berlin: Die naturwissenschaftlichen Fakultäten der drei Berliner Universitäten müssen insgesamt 14 Millionen DM einsparen.
Brandenburg: Die Hochschulen in Brandenburg befinden sich weiterhin im Aufbau. Studierende des Lehramts für naturwissenschaftliche Fächer gibt es kaum, weil die Berufsaussichten derzeit trostlos sind. In Potsdam wird über die Einrichtung eines Studiengangs 'Technomathematik' nachgedacht.
Bremen: Auch Bremen leidet unter drastischen Haushaltskürzungen.
Hamburg: Die Mathematische Fakultät der Universität konnte Streichungen von Professorenstellen bislang dadurch vermeiden, daß der Abordnung von zwei Kollegen an die Technische Universität Hamburg-Harburg zugestimmt wurde.
Hessen: Bei der Neuordnung des Lehramtsstudiums hat das Ministerium einen kuriosen Fächerkatalog beschlossen, bei dem auf der einen Seite das Fach 'Wahrscheinlichkeitsrechnung' und andererseits ein Fach 'Mengen, Relationen, Funktionen' auftauchen. In einer Neufassung der Lehrverpflichtungsordnung ist die Anrechnung der Betreuung von Examensarbeiten nicht mehr vorgesehen. Für die nächsten Jahre ist ein größerer Stellenabbau angekündigt.
Mecklenburg-Vorpommern: Unter den drastischen Kürzungen im Finanzbereich leiden insbesondere die vorgesehenen Baumaßnahmen. Eine Reihe von C2-Stellen wurden zwangsweise in C1-Stellen umgewandelt. Die Universitäten haben finanzielle Probleme auch dadurch, daß zwischen Freigabe der Mittel und Haushaltssperre nur ein kurzer Zeitraum verbleibt.
Niedersachsen: Eine Evaluation der mathematischen Fachbreiche ist für 1997/98 angekündigt. Die Informatik an der Universität Hildesheim wird geschlossen. Damit

entfällt auch der dort bisher angebotene Studiengang 'Wirtschaftsmathematik', die Kollegen werden versetzt.
Nordrhein-Westfalen: Nachteilige Auswirkungen der Eckdatenverordnung sind bis jetzt nicht bekannt. Das Landesverwaltungsgericht hat in einem Urteil festgestellt, daß die Habilitation eine berufsvorbereitende Prüfung darstellt mit allen daraus sich ergebenden Konsequenzen (z.B. Wiederholbarkeit der Prüfung). Einige Universitäten haben ihre Habilitationsordnung schon angepaßt. Trotz angespannter Haushaltslage gibt es Stellen für 'Neue Medien'.
Rheinland-Pfalz: Die Mathematik hat die erste Sparwelle im Personalbereich relativ unbeschadet überstanden. Das Lehrdeputat für Professoren wurde auf 8 SWS erhöht (bisher 6-8 SWS). Die Universität Koblenz-Landau soll jetzt auch die Lehrerausbildung für die Sekundarstufe II anbieten. In Mainz wird die Erstellung von Lehrberichten mit anschließender interner Evaluation als Pilotprojekt erprobt.
Saarland: Nicht vertreten.
Sachsen: Die Hochschulen des Landes werden durch eine Unternehmensberatungsfirma evaluiert, die Mathematik ist davon in Dresden betroffen. Seit einem Jahr ist eine Stellensperre in Kraft.
Sachsen-Anhalt: Auch hier leidet der (noch nicht abgeschlossene) Ausbau der Universitäten unter den Mittel- und Stellenkürzungen.
Schleswig-Holstein: Nicht vertreten.
Thüringen: Trotz der schlechten Finanzlage wird die Neugründung der Universität Erfurt als 'Prestigeobjekt' weiter verfolgt.

TOP 10: Bericht aus den Fachbereichen

Von einigen Universitäten liegen Berichte in schriftlicher Form vor, sie werden dem Protokoll als Anlage 5 angefügt. Weitere Berichte in mündlicher Form werden nicht gegeben.

TOP 11: Kassenbericht und Entlastung des Sprechers und seines Stellvertreters

Der Kassenbericht für den Zeitraum 14.4.1995 bis 16.4.1996 liegt als Tischvorlage vor. Er weist Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen in Höhe von DM 3180,00 und Ausgaben für Kontoführung, Durchführung der Plenarversammlung 1995 und Reisekosten von insgesamt DM 1444,20 aus. Das ergibt einen Kassenbestand am 16.4.1996 von DM 7430,84.
Herr Mammitsch berichtet für die Kassenprüfer, daß sich keine Beanstandungen ergeben haben. Er schlägt die Entlastung des Sprechers und seines Stellvertreters vor; diese wird per Akklamation erteilt.

TOP 12: Verabschiedung von Resolutionen

Für die unter TOP 5 diskutierte Resolution zum Mathematikunterricht in der Schule wird eine Überarbeitete Fassung vorgelegt und nach kurzer Diskussion bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen (Anlage 1).

TOP 13: Verschiedenes

Herr Winkler weist auf den Spendenaufruf der DMV für den ICM 1998 in Berlin hin.
Herr Hertel erinnert die Anwesenden daran, daß die diesjährige DMV-Tagung im September in Jena stattfindet, und lädt zur Teilnahme ein.
Frau Kersten erklärt auf Anfrage, daß eine Präsentation der Mathematik im BMBF nach einem kürzlichen Status-Seminar in München derzeit nicht mehr geplant ist.
Herr Trautmann weist auf zwei Broschüren seiner Fakultät hin, mit denen der Kontakt zu den Schulen verbessert werden soll.
Herr Bröcker schlägt vor, auf einer der nächsten Plenarversammlungen über die Preisentwicklung der Referatenorgane (und anderer Zeitschriften) zu diskutieren, um zu einem gemeinsamen Vorgehen aller mathematischen Fachbereiche zu gelangen.
Der Sprecher kündigt an, daß die Plenarversammlung 1997 am 10. Mai wieder in Karlsruhe stattfinden wird.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dankt der Sprecher den Anwesenden für die konstruktive Mitarbeit und schließt die Sitzung.

(W. Weil)